

## Aus dem Inhalt

### Arbeitsvermittlung

#### Private Agenturen haben's schwer

Auch fünf Jahre nach der Liberalisierung im Jahr 1994 haben private Vermittler große Schwierigkeiten, am Markt Fuß zu fassen. S. 3

### Schwarzarbeit

#### Licht im Schatten?

Weil man im Dunkeln schlecht sieht, ist man bei Angaben zum Umfang der Schwarzarbeit auf grobe Schätzungen angewiesen. Klar hingegen sind ihre negativen Folgen. Ein Literaturüberblick. S. 5

### Wirtschaftsförderung made in USA

#### Ein Herz für Gründer

Für Kleinstgründungen haben die Amerikaner einen funktionsfähigen zweiten Kreditmarkt geschaffen. In Deutschland ruhen die Hoffnungen vor allem auf einer besseren Vernetzung der Förderangebote. S. 7

### Ingenieurinnen und Ingenieure

#### Turbulenzen und Zyklen am Arbeitsmarkt

Den Arbeitsmarkt für Ingenieure gibt es nicht. Seine Entwicklung in den 90er Jahren gleicht vielmehr einem Puzzle aus unterschiedlichen Konjunkturen für die Absolventen der verschiedenen technischen Studiengänge. S. 9

### Einkommensforschung

#### Lohnsummenverluste im Westen – Angleichung im Osten

Der Strukturwandel zeichnet eine neue Landkarte von Beschäftigungschancen und Verdienstmöglichkeiten. S. 11

### Produktivitätslücke

#### Die ostdeutschen Betriebe bleiben Sorgenkinder

Generell große Produktivitätsunterschiede zwischen den Betrieben und das starke West/Ost-Gefälle erhöhen den Druck auf eine weitere Öffnung der Flächentarifverträge. S. 13

### Internationaler OECD-Vergleich

#### Arbeitsmarkt-Performanz und Regulierungsdichte

Die Vermutung, es gäbe einen engen Zusammenhang zwischen Beschäftigungsschutz und dem Niveau der Arbeitslosigkeit, lässt sich generell nicht bestätigen. S. 15

### Panorama

S. 16

## IAB/Prognos-Projektion 2010

# Expertenskizze einer Zukunftslandschaft

## Trend zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft ist programmiert – Einfache Arbeit geht aber nicht aus

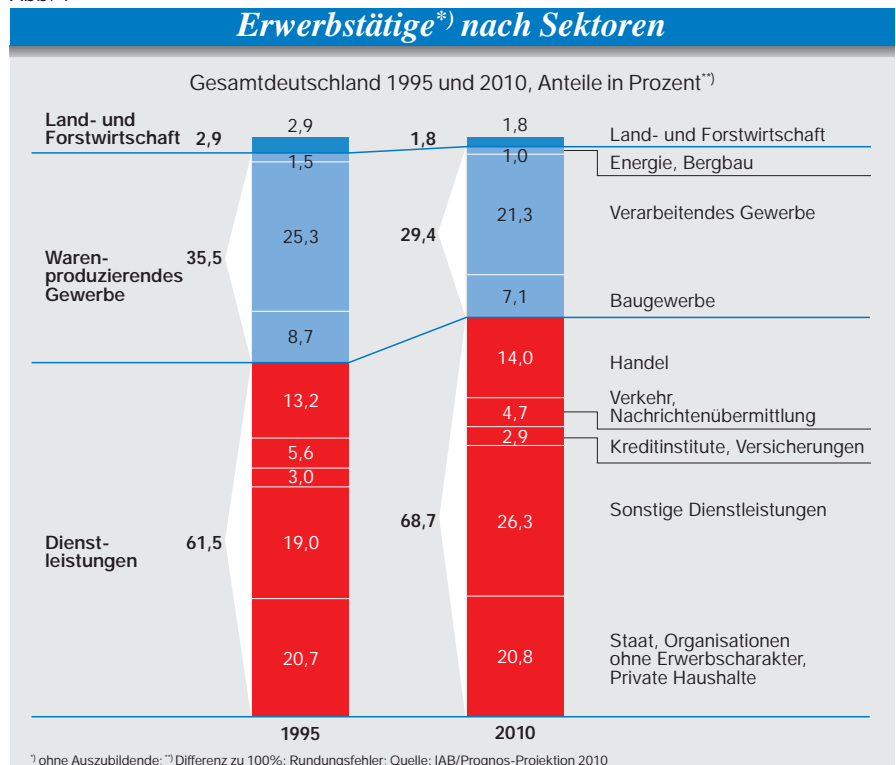
Die neue IAB/Prognos-Studie für Gesamtdeutschland ist da. Wie früher schon haben Fachleute aus beiden Instituten versucht, ein Bild von der Arbeitslandschaft am Ende des nächsten Jahrzehnts zu zeichnen. Abgeschätzt wurden hierfür die Beschäftigungseffekte des Wandels nach Sektoren und Tätigkeiten sowie deren Folgen für den künftigen Qualifikationsbedarf.

Nun haben sich aber seit Anfang der 90er Jahre die Rahmenbedingungen für Wirt-

schaft und Arbeitsmarkt fundamental verändert<sup>\*)</sup>, was für längerfristige Vorhersagen eigentlich das reine Gift sein müsste. Aber siehe da: Auch die jetzt vorgestellten Projektionen bestätigen die Vorläuferstudien in erstaunlich hohem Maße. Und sie belegen erneut die „beachtliche Unbeirrbarkeit säkularer Strukturrends“, die der einstige Institutsdirektor, Dieter Mertens, schon den turbulenten 70er Jahren attestiert hatte.

<sup>\*)</sup> Man denke nur an die Wiedervereinigung oder das rasante Tempo der Globalisierung

Abb. 1



## Sektorale Entwicklung bis 2010

So schätzen die Branchenexperten, dass es weitere Anteilsverluste der Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Warenproduzierenden Gewerbe geben wird (vgl. Abb. 1 auf S. 1). Absolut könnten in diesen beiden Sektoren weitere 1,6 Mio. Arbeitsplätze verloren gehen. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes büßen fast alle Zweige an Beschäftigung ein, am stärksten die Branchen Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Chemie und Mineralölverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Uhren, EBM, Spiel- und Sportwaren sowie das Leder-, Textil- und Bekleidungsgerwerbe.

Da außerdem die Gesamtbeschäftigung in den nächsten zehn Jahren nach Prognose leicht steigen wird (+ 0,5 Mio. Erwerbstätige), muss der Dienstleistungssektor entsprechend expandieren: Über 2 Mio. Arbeitsplätze könnten dort zusätzlich entstehen, fast 69 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt werden.

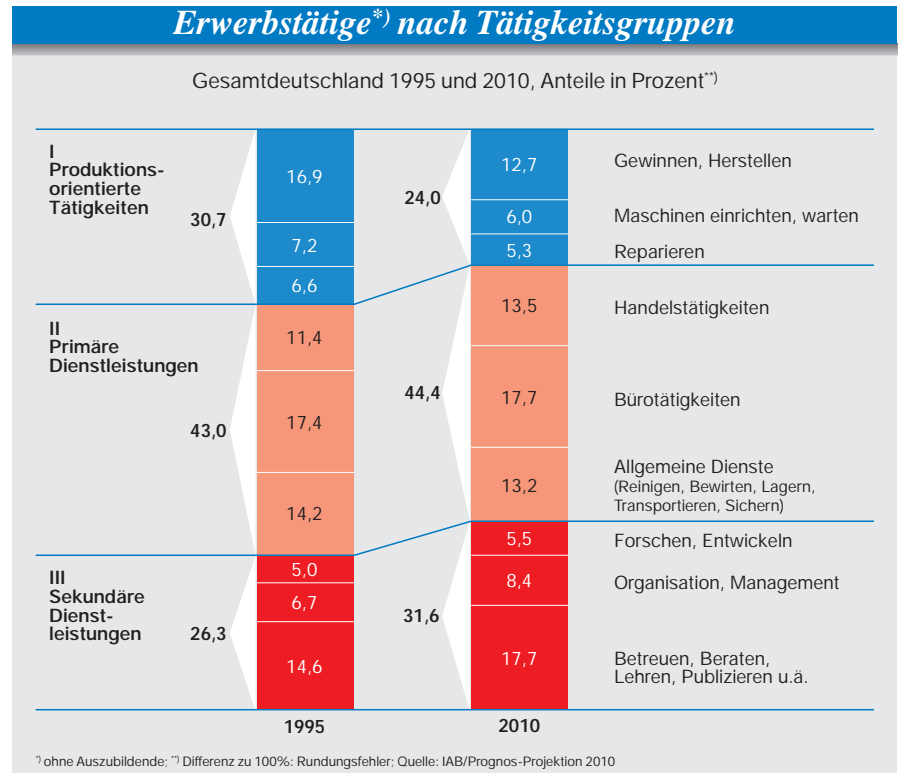
Noch eindrucksvoller zeigt sich der Trend in die Dienstleistungsgesellschaft, wenn man den Blick auf die Tätigkeiten richtet. Denn die Dienstleistungen nehmen in allen Wirtschaftszweigen zu, ohne dass sich dies im tertiären Sektor zwangsläufig niederschlagen müsste.

### Tätigkeitslandschaft 2010 – die Richtung

Alles in allem dürften im Jahr 2010 gut drei Viertel aller deutschen Erwerbstätigen mit Dienstleistungen beschäftigt sein – unabhängig von ihrer sektoralen Zuordnung (vgl. Abb. 2). Insbesondere sekundäre Dienstleistungen wie Forschung und Entwicklung, Organisation und Management oder Beraten, Betreuen, Lehren, Publizieren tragen die Hoffnung auf mehr Beschäftigung. Bis 2010 werden hier Arbeitsplatzgewinne von über fünf Prozentpunkten für möglich gehalten.

Deutlich geringer sind die Wachstumserwartungen für die primären Dienstleistungstätigkeiten. Zwar werden Büro- und Handelstätigkeiten auch in Zukunft leicht zulegen. Bei den allgemeinen Diensten, wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren, Sichern wird jedoch mit einem leichten Beschäftigungsrückgang gerechnet. Allerdings wird der Teilzeit-

Abb. 2



anteil in allen Dienstleistungstätigkeiten weiter steigen, so dass das Arbeitsvolumen nicht in der selben Größenordnung zunehmen wird wie die Zahl der Arbeitsplätze.

Die Verlierer sind – stärker noch als in früheren Projektionen – die produktionsorientierten Tätigkeiten. Für die Bereiche Reparieren, Maschinen einrichten, warten und Gewinnen/Herstellen wird bis zum Jahr 2010 ein Beschäftigungsrückgang von fast sieben Prozentpunkten erwartet.

### Tätigkeitslandschaft 2010 – das Niveau

Der Trend zu anspruchsvolleren Tätigkeiten wird sich fortsetzen. Der Anteil der Arbeitskräfte, die solche Tätigkeiten ausüben, dürfte in Deutschland bis 2010 auf gut 40 Prozent steigen (Anteile 1985: 28%; 1995: 35%). Die Zahl der Arbeitskräfte, die Tätigkeiten mit mittlerem Anforderungsprofil ausüben, nimmt dagegen leicht ab (Anteile 1995: 46%; 2010: 44%).

Einfache Tätigkeiten werden zwar am stärksten zurückgehen, jedoch wird ein beachtlicher Teil erhalten bleiben. Prognose schätzt, dass im Jahr 2010 immerhin noch 16 Prozent aller Erwerbstätigen einfache Arbeiten leisten werden. Dies wird aber auch davon abhängen, ob und wie die Politik hier steuernd eingreift (Stichwort: „Niedriglohnssektor“).

### Folgen für den Qualifikationsbedarf

Dem Trend zu anspruchsvolleren Tätigkeiten folgen die Qualifikationsanforderungen. So wird der Bedarf an Hoch- und Fachhochschulabsolventen weiter wachsen. Umgekehrt wird die Nachfrage nach gering Qualifizierten deutlich nachlassen, was knapp 1,5 Mio. Arbeitsplätze kosten könnte.

Arbeitskräfte mit Lehr- oder Fachschulabschluss werden zusammen zwar noch leichte Beschäftigungsgewinne erzielen, allerdings zu Lasten der Lehre. Auch werden sich hier die Ansprüche an die Allgemeinbildung weiter erhöhen. Während die klassische Kombination „Hauptschule plus Lehre“ erheblich an Bedeutung verlieren wird, werden im Jahr 2010 die meisten Erwerbstätigen eine „Lehre mit Mittlerer Reife“ abgeschlossen haben.

Der Trend zu höheren Anforderungen und anspruchsvolleren Tätigkeiten wird uns also auf dem Weg in die Dienstleistungen begleiten. Tritt fest wird er aber nur dann sein, wenn auch das industrielle Fundament stabil bleibt.

**Peter Schnur, Alexander Reinberg/  
Redaktion**

(aus IAB-Kurzbericht Nr. 9/1999 und Nr. 10/1999)

**Arbeitsvermittlung**

# Private Agenturen haben's schwer

*Seit der Liberalisierung im Jahr 1994 konnten nur bescheidene Marktanteile hinzugewonnen werden – Schwache Konjunktur, große Skepsis der Unternehmen und starke Position der Bundesanstalt für Arbeit waren hierfür ausschlaggebend*

Mehr als 60 Jahre fristete die private Arbeitsvermittlung in Deutschland ein Schattendasein. Abgesehen von wenigen Ausnahmen waren insbesondere gewerbsmäßige Formen der privaten Arbeitsvermittlung untersagt. 1994 änderte sich das Bild. Private, auch auf Gewinnerzielung gerichtete Vermittlung von Arbeitsplätzen darf seitdem als selbstständige Tätigkeit betrieben werden. Damit wurde das Alleinrecht der Bundesanstalt für Arbeit aufgehoben: Öffentliche und private Arbeitsvermittlung dürfen seitdem in Koexistenz nebeneinander bestehen.

**Erwartungen des Gesetzgebers**

Mit der Liberalisierung der Arbeitsvermittlung verband der Gesetzgeber die Erwartung, zusätzliche privatwirtschaftliche Ressourcen für die Verbesserung des Arbeitsmarktausgleichs erschließen zu können. Die Ausgleichsvorgänge am Arbeitsmarkt sollten beschleunigt und verbessert werden. Unangetastet blieb der sozialpolitische Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit als einer Institution, die flächendeckend tätig ist und mit ihren Vermittlungsdiensten allen offensteht. Die Neuregelung des Vermittlungsrechts ist deshalb kaum als Deregulierung des Arbeitsmarktes einzustufen. Vielmehr wurden im Wege einer Liberalisierung Marktzutrittsbarrieren für Dienstleistungsanbieter beseitigt. Von einer Privatisierung der Arbeitsvermittlung kann also keine Rede sein.

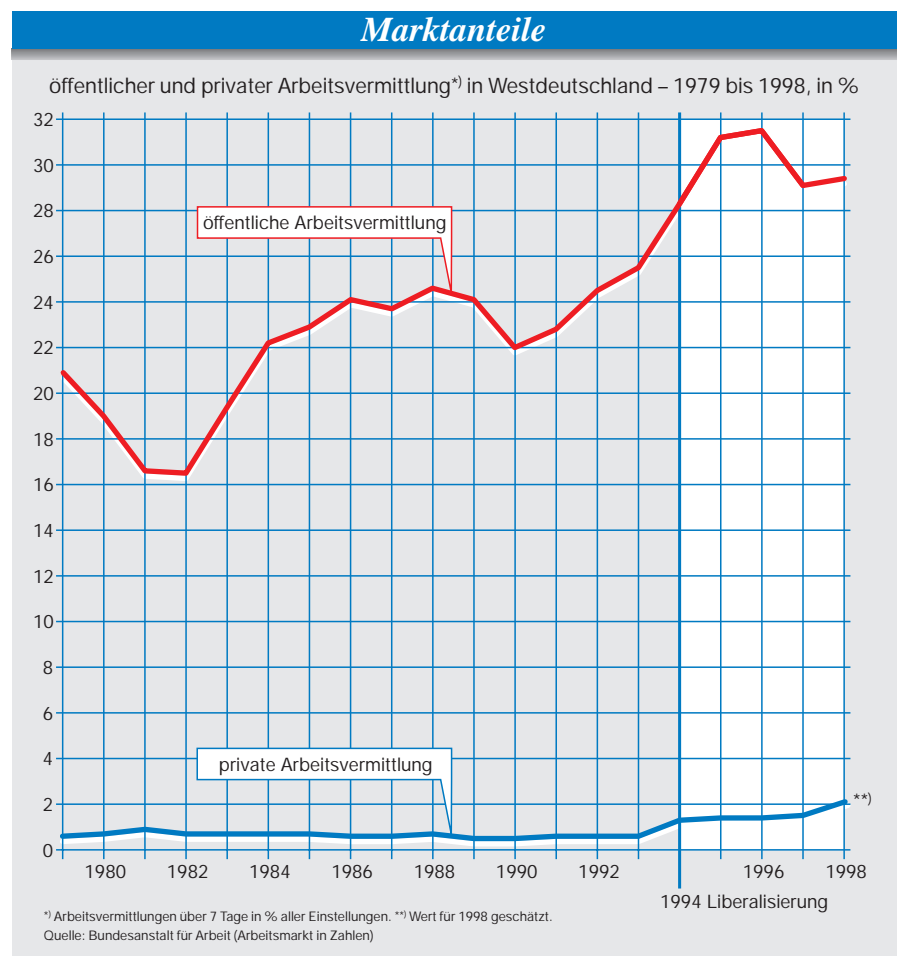
Fünf Jahre nach der Liberalisierung ist es nunmehr an der Zeit, sich mit den bisher sichtbaren Effekten auseinanderzusetzen. Und es ist nach der Rolle zu fragen, die die private Arbeitsvermittlung künftig spielen kann.

**Empirische Zwischenbilanz**

Die Entwicklung im Bereich der privaten Arbeitsvermittlung ist bisher wenig spektakulär verlaufen. Die Zahl der privaten Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungs-

verhältnissen mit einer Dauer von mehr als 7 Tagen ist zwar – ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau – kräftig gestiegen, quantitativ aber bisher kaum von Bedeutung. Auf private Agenturen entfielen knapp 5 Prozent aller gesamtwirtschaftlich getätigten Vermittlungen. Bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Zahl der Einstellungen liegt der Marktanteil der privaten Arbeitsvermittlung gar nur zwischen 1 und 2 Prozent (vgl. Abbildung). Die Bundesanstalt für Arbeit dominiert mit Anteilen von über 30 Prozent an allen Einstellungen nach wie vor den Markt für diese Dienstleistungen.

Zwar stellen bestimmte Marktsegmente, wie die Vermittlung von Künstlern oder Führungskräften, eine Domäne der Privaten dar. Dies galt jedoch bereits vor der Liberalisierung. Erkennbar ist aber, dass die neuen Vermittler zunehmend Märkte im Bereich der qualifizierten Fachkräfte erschließen. Die quantitative Marktbedeutung der privaten Arbeitsvermittlung hat sich im übrigen nur unwesentlich dadurch erhöht, dass die Bundesanstalt für Arbeit ab dem 1.1.1998 auch das Alleinrecht für die Berufsberatung von Schülern und die Vermittlung betrieblicher Ausbildungsstellen verloren hat.



## Betriebliche Suchwege

### Viele Wege nach Rom

Neben den Geschäftsstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit informiert auch die IAB-Erhebung zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot über Wege und Erfolg der Stellenbesetzung. Die Tabelle weist für die Jahre 1994 bis 1998 Indikatoren für Einschaltung und Erfolg verschiedener Suchwege aus.

Die von den Betrieben in Auftrag gegebenen Zeitungsinserate sind (vor allem in Westdeutschland) der am häufigsten gewählte und erfolgreichste Suchweg. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um Arbeiter und Angestellte handelt oder um Stellen mit geringeren oder höheren Qualifikationsanforderungen. Neben dem Arbeitsamt spielen auch private Kanäle eine beachtliche Rolle.

Die auf der Erhebung basierenden Kennziffern für die private Arbeitsvermittlung bestätigen weitgehend die offizielle Statistik. Auch von den befragten Betrieben wird angegeben, daß im Zeitraum 1994 – 1998 lediglich 1 – 2 Prozent der Stellenbesetzungen durch die erfolgreiche Mitwirkung der privaten Arbeitsvermittlung zustande gekommen sind.

### Einschaltung und Erfolg – 1994 bis 1998, in %

Suchwege	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	Beschrittener Suchweg (Mehrfachnennungen)			Erfolgreicher Suchweg			Beschrittener Suchweg (Mehrfachnennungen)			Erfolgreicher Suchweg		
	94	96	98	94	96	98	94	96	98	94	96	98
Eigene Inserate	51	50	52	42	39	36	24	23	27	16	16	15
Antwort auf Inserate Arbeitsuchender	6	6	9	3	1	2	6	4	4	2	1	3
<b>Arbeitsamt</b>	<b>32</b>	<b>38</b>	<b>41</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>17</b>	<b>37</b>	<b>49</b>	<b>49</b>	<b>22</b>	<b>34</b>	<b>32</b>
<b>Private</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>8</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
Aushang am Werkstor	3	4	3	1	1	1	2	1	3	1	0	1
Interne Stellen- ausschreibung	14	7	20	2	3	4	7	6	7	2	2	2
Auswahl aus Initiativ- bewerbungen	18	18	23	12	12	14	18	13	15	17	9	11
Mitarbeiterhinweise ohne Angabe	–	–	–	10	14	8	–	–	–	12	22	18
<b>Summe</b>	<b>151</b>	<b>159</b>	<b>184</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>132</b>	<b>125</b>	<b>134</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quelle: IAB-Erhebung zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot

### Parallelen im Ausland

Deutschland ist nicht das einzige Land, das in den neunziger Jahren die Arbeitsvermittlung für private Agenturen geöffnet hat. Während in angelsächsischen Ländern ein freies Nebeneinander von öffentlicher und gewerbsmäßiger Arbeitsvermittlung seit Jahrzehnten verbreitet ist, gab es in kontinentaleuropäischen Ländern zuletzt eine Welle der Deregulierung. So wurden etwa in Dänemark (1990), den Niederlanden (1991), Schweden (1993) und auch in Österreich (1994) private Vermittlungsagenturen allgemein zugelassen und nicht mehr – wie in der Vergangenheit üblich – nur auf bestimmte Berufe beschränkt.

Wie eine aktuelle Studie zeigt, halten sich aber auch im Ausland die Effekte der Liberalisierung in engen Grenzen.<sup>\*)</sup> Trotz unverkennbarer Expansionstendenzen (z.B. bei der Zahl der Agenturen oder der von ihnen getätigten Vermittlungen) spielen private Agenturen als Suchweg immer noch eine eher untergeordnete Rolle. Als wesentlicher Grund hierfür wird genannt,

dass der im Ausland weniger regulierte Arbeitskräfteverleih schon immer als Ausweichmöglichkeit für die Personalbeschaffung zur Verfügung stand und durch die Liberalisierung nicht an Attraktivität verloren hat. Außerdem wurden einige Vermittlungsaktivitäten im Graubereich durch die Deregulierung nicht angestoßen, sondern allenfalls legalisiert.

### Private ohne Perspektive?

Die eher marginalen Effekte dieser Liberalisierung dürfen aber nicht zu dem voreiligen Schluss führen, dass sich das Bild in Zukunft nicht auch ändern könnte. Drei Aspekte spielen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle:

◆ Erstens stellt sich aus mittel- und längerfristiger Sicht die Frage, ob nicht die Chancen für private Arbeitsvermittler doch wachsen könnten, wenn sich der Markt ändert. Zum einen sind sie wie kaum eine andere Branche von der schwachen Konjunktur betroffen. Generell mehr Einstellungen und personelle Engpässe in bestimmten Marktsegmenten könnten bei besserer Wirtschaftslage das Blatt wenden.

◆ Zweitens wird das Angebot privater Agenturen häufig deshalb wenig in Anspruch genommen, weil noch immer in vielen Betrieben Personalangelegenheiten „Chefsache“ sind und wenig nach außen vergeben wird. Diese Zurückhaltung beim „Outsourcing“ könnte aber von den Unternehmen revidiert werden, wenn mehr private Agenturen umfassende Dienstleistungsangebote „aus einer Hand“ anbieten. Auch für eine professionelle „Job-Beratung“ könnte es vor allem bei gut qualifizierten Arbeitsuchenden künftig mehr Nachfrage geben. Von beiden Entwicklungen würde die private Arbeitsvermittlung profitieren.

◆ Drittens sind Aufgabenverständnis und Praxis der öffentlichen Arbeitsvermittlung für die privaten Dienstleister in hohem Maße relevant. Je nach geschäftspolitischem Schwerpunkt der öffentlichen Arbeitsvermittlung sind hier unterschiedliche Entwicklungen denkbar. Die zukünftige Rolle der Bundesanstalt für Arbeit ist auch und gerade nach der Liberalisierung offen.

*Ulrich Walwei / Redaktion*

<sup>\*)</sup> De Koning, Denys, Walwei (1999): Deregulation in placement services: a comparative study for eight EU countries, European Commission, Luxembourg



**Schwarzarbeit**

# Licht im Schatten?

## Ein aktueller Literaturüberblick über Einschätzungen und Ansichten zu einem brisanten Thema

**Als Ordnungsfaktor auf dem Arbeitsmarkt ist die Bundesanstalt für Arbeit gehalten, gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vorzugehen. Daß sie damit nicht nur im Namen des Gesetzgebers, sondern auch im Interesse der Solidargemeinschaft und ihrer Mitglieder handelt, ist unbestritten. Gleichwohl gibt es auch einzelne Stimmen, die von einer Überschätzung der negativen Folgen der Schwarzarbeit sprechen.**

So kommt eine neue Studie der Deutschen Bank zu dem Schluß, daß die eigentliche Bedrohung der Gesellschaft durch die Schattenwirtschaft primär nicht in ihren ökonomischen Folgen liege. Vielmehr sei das eigentliche Problem, daß immer mehr Bürger die Gesetzgebung mißachten und so die Grundlagen des Staates unterminieren.

### Umfang und Entwicklung der Schattenwirtschaft

Die Wertschöpfung in der Schattenwirtschaft setzt sich aus denjenigen Leistungen zusammen, die normalerweise zum offiziellen Sozialprodukt gerechnet werden müßten, darin jedoch nicht enthalten sind, weil sie illegal ausgeführt werden („Schwarzarbeit“). Ansonsten handelt es sich aber um legale Tätigkeiten (Hausbau, Autoreparatur, Nachhilfestunde etc.), wie sie auch in der „offiziellen“ Wirtschaft angeboten werden.

Wie groß das Ausmaß der Schattenwirtschaft tatsächlich ist, läßt sich nicht exakt feststellen. Da man im Dunkeln schlecht sehen kann, gibt es keine genauen Zahlen, sondern nur mehr oder weniger gute Schätzungen (vgl. auch Kasten auf S.14).

Danach betrug in den Staaten der Europäischen Union und in OECD-Ländern der Anteil der Schattenwirtschaft im Jahr 1994 zwischen 6,6 und 25,8 Prozent des Bruttonsozialprodukts. In Deutschland wäre er schätzungsweise von 5,75 Prozent 1975

auf 15 Prozent (in absoluten Zahlen von 59 Mrd. DM auf 548 Mrd. DM) im Jahr 1997 gestiegen (vgl. Abbildung). Auch 1999 wird mit einer weiteren Zunahme auf 15,5 Prozent (600 Mrd. DM) des BSP gerechnet.

Deutschland liegt mit Irland, Kanada, Frankreich, den Niederlanden, Australien und Großbritannien in der mittleren Gruppe, die Werte zwischen 12,4 und 15,3 Prozent aufweist. In der Spitzengruppe finden sich Italien, Spanien, Belgien und die drei skandinavischen Länder, in der die Schattenwirtschaft zwischen 17,6 und 25,8 Prozent des offiziellen BSP ausmacht. Die geringste Schattenwirtschaft mit Werten zwischen 9,4 und 6,6 Prozent weisen die USA, Österreich und die Schweiz auf.

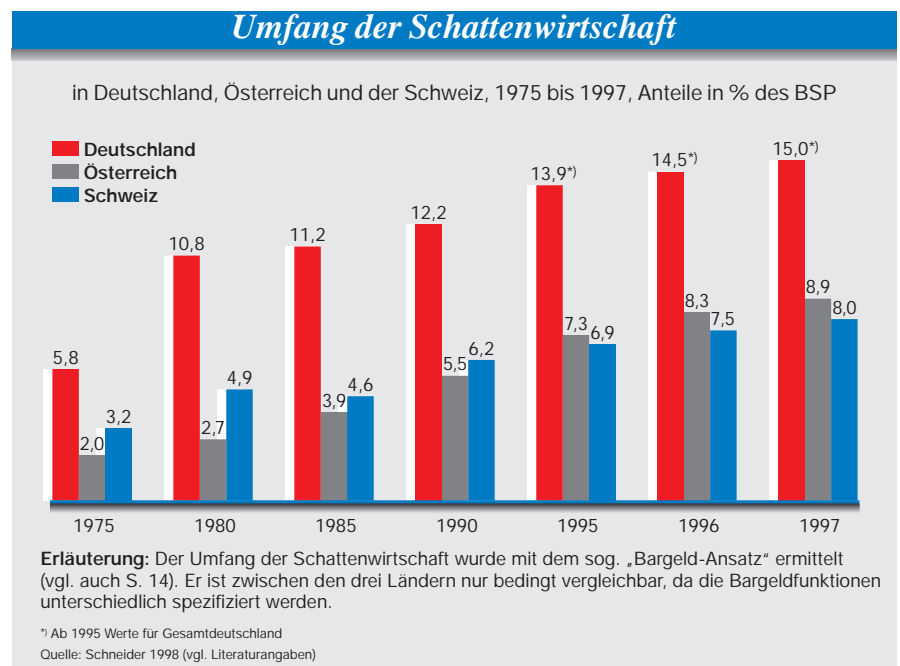
Andere Berechnungen kommen für Deutschland zu weit höheren Werten. Sie reichen bis 25 Prozent des offiziellen BSP für das Jahr 1994 (825 Mrd. DM).

### Schwarzarbeit nach Branchen

Die Schwarzarbeit konzentriert sich nach diesen Studien auf die Dienstleistungen, auf Handwerks- und Gewerbebetriebe. Im Baubereich liegt sie mit nahezu 45 Prozent bei weitem am höchsten. Aber auch in anderen Gewerbe- und Industriebetrieben wie im Kfz-Bereich wird viel schwarz gearbeitet. Überdurchschnittlich groß ist der Anteil der Schwarzarbeit auch bei den klassischen Dienstleistungen im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie in der Unterhaltungs- und Vergnügungsbranche.

### Positive Aspekte

Der Schwarzarbeit werden von manchen Forschern keineswegs nur negative Konsequenzen zugeschrieben: Ein Teil der Arbeiten werde eben nur zu Schwarzmarktpreisen durchgeführt, da sie ansonsten zu teuer wären. Dies führe aber auch zu einem Anstieg der Nachfrage in der offiziellen Wirtschaft. Zum einen werden die Vorprodukte der schattenwirtschaftlich hergestellten Güter im eigenen Land bezogen, zum anderen fließt das Einkommen aus der Schattenwirtschaft wieder in den Kreislauf zurück. Auf diese Weise würden – über Multiplikator-Effekte – mindestens 70 Prozent des Anteils der Schattenwirtschaft in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wertschöpfungswirksam, was sich dann auch in Steuereinnahmen und zusätzlicher Beschäftigung niederschlägt.



## Erfassung der Schattenwirtschaft

Die von der Wissenschaft entwickelten Ansätze zur Schätzung von Größe und Entwicklung der Schwarzarbeit lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen:

### Direkte Verfahren

Bei diesen Verfahren wird versucht, durch (repräsentative) Befragungen der Bevölkerung zu ermitteln, welchen Umfang die Schattenwirtschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt aufweist.

### Modellansätze

Es wird ein statistisches Modell der Schattenwirtschaft entwickelt, in dem ihr Umfang eine beobachtbare Variable darstellt. Es wird mit Hilfe statistischer Verfahren geschätzt.

### Indirekte Verfahren

Man sucht nach wirtschaftlichen Indikatoren, deren zeitlicher Verlauf Rückschlüsse auf die Entwicklung des Sektors zuläßt.

Eine der wichtigsten Methoden zur Erfassung der Schattenwirtschaft stellt der sog. *Bargeld-Ansatz* dar. Er geht von der Annahme aus, daß schattenwirtschaftliche Aktivitäten in der Regel zum Zwecke der Geheimhaltung abgewickelt werden und es gelingt, diese bar entlohnten Leistungen zu schätzen. Grundlage dieser Analysetechnik ist daher eine ökonometrische Schätzung der Nachfrage nach Bargeld. In die ökonomische Schätzgleichung werden zusätzlich diejenigen Variablen eingefügt, die als Ursache für die Schwarzarbeit angesehen werden: Steuersätze, Regulierungsdichte, Steuermoral etc.. Aufgrund des quantitativen Einflusses dieser Variablen auf die Bargeldnachfrage können dann Rückschlüsse auf den Umfang der Schwarzarbeit gezogen werden.

Weiter wird argumentiert, daß sich die Schattenwirtschaft belebend auf die „offizielle“ Wirtschaft auswirke, indem sie zu mehr Wettbewerb anrege und die Effizienz steigere. Auch könne die mit Schwarzarbeit verbundene Steuerhinterziehung wie eine Steuersenkung auf die „offizielle“ Wirtschaft wirken und so zur Stabilisierung oder gar zur Förderung des Wirtschaftswachstums beitragen. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Schwarzarbeiter gleichzeitig krankgemeldet sind und Lohnfortzahlung erhalten.

Solche Überlegungen gelten nach Ansicht dieser Forscher auch für den Einfluß der Schattenwirtschaft auf die sozialen Sicherungssysteme. So stehe den unmittelbaren Beitragsausfällen ein Anstieg der Beitragseinnahmen durch zusätzliche Nachfrage gegenüber. Auf der Ausgabenseite seien die einzelnen Zweige der Sozialversicherung von der Schattenwirtschaft in unterschiedlichem Maße betroffen. Während die Arbeitslosenversicherung durch Schwarzarbeit einen finanziellen Verlust erleide, werde die Krankenversicherung – von der Lohnfortzahlung oder dem Krankengeld abgesehen – kaum davon beeinflusst. Denn es dürfte für den Gesundheitszustand der Bevölkerung keinen Unterschied machen, ob sie im formellen oder im informellen Sektor tätig ist. Auch die Ausgaben der Rentenversicherung würden von der Zunahme der Schattenwirtschaft kaum berührt, da sinkende Beiträge auch weniger Ansprüche nach sich ziehen.

### Negative Folgen

Dies heißt jedoch keineswegs, daß ein Anwachsen der Schattenwirtschaft insgesamt positiv zu beurteilen wäre. Der Staat muß nicht nur die entgangenen Steuereinnahmen verkraften, sondern zusätzlich erhebliche Ressourcen aufwenden, um durch Kontrollen und andere Aktivitäten die Schattenwirtschaft einzudämmen. Auch nehmen die Schwarzarbeiter erhebliche Kosten auf sich, um ihre Aktivitäten zu verbergen. Volkswirtschaftlich ist beides unproduktiv, da diese Ressourcen nicht mehr für die Produktion von Gütern und Diensten zur Verfügung stehen. Würde zumindest ein Teil der schattenwirtschaftlich erbrachten Leistungen in der offiziellen Wirtschaft erstellt, könnte die Arbeitslosigkeit sinken. Daraus ergäben sich auch Entlastungen bei der Arbeitslosenversicherung. Deren Beiträge könnten gesenkt werden, was über eine vermehrte Konsumnachfrage wiederum einen expansiven Effekt hätte, der die Arbeitslosigkeit weiter abbauen könnte.

Besonders gravierend ist jedoch, daß allmählich die Grundlagen des Rechtsstaates unterminiert werden. Je mehr Bürger sich über die Steuervorschriften hinwegsetzen, desto eher werden auch andere Gesetze mißachtet. Es wird ein kumulativer Prozeß in Gang gesetzt, der von der Entsolidarisierung der Gesellschaft bis zur Fehlfunktion der Demokratie und ihrer staatlichen Einrichtungen führen kann.

### Gegenmaßnahmen

Zwei Drittel der Bevölkerung – so ergab eine Umfrage – sehen in der Schwarzarbeit ein „Kavaliersdelikt“, eine legitime Reaktion auf zu hohe Steuer- und Abgabenbelastungen. Die Politik zur Bekämpfung der Schwarzarbeit muß nach Meinung der Forscher deshalb vor allem hier ansetzen. Man müsse den Faktor Arbeit wieder wesentlich kostengünstiger gestalten und viele kleine Zusatzarbeiten von Steuern und Sozialbeiträgen weitgehend freihalten. Gelingt dies nicht, wird der Kampf gegen die Schwarzarbeit von vielen Autoren für aussichtslos gehalten.

Rüdiger Cyprian

## Literaturangaben

### DEUTSCHER BUNDESTAG:

Achter Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – AÜG – sowie über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung – BillBG –. In: Drucksache 13/5498 vom 06.09.96.

### DEUTSCHE BANK RESEARCH; BREITBACH, AXEL (1999):

The economic effects of the shadow economy: really as negative as they're said to be? In: Research Topic, S. 10-12.

### ENSTE, DOMINIK;

### SCHNEIDER, FRIEDRICH (1998):

Increasing Shadow Economies All over the World – Fiction or Reality? IZA Discussion Paper No. 26.

### JOHNSON, SIMON;

### KAUFMANN, DANIEL;

### ZOIDO-LOBATON, PABLO (1998):

Regulatory Discretion and the Unofficial Economy. In: The American Economic Review, Vol. 88, No. 2, S. 387-392.

### POMMEREHNE, WERNER;

### KIRCHGÄSSNER, GEBHARD:

Schattenwirtschaft als wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung. In: das Wirtschaftsstudium wisu, 1994, Nr. 10, S. 848- 860.

### SCHNEIDER, FRIEDRICH (1998):

Stellt das starke Anwachsen der Schwarzarbeit eine wirtschaftspolitische Herausforderung dar? Einige Gedanken aus volkswirtschaftlicher Sicht. Linz, Unveröffentlichtes Manuskript.

### SCHNEIDER, FRIEDRICH (1998):

Der Umfang der Schwarzarbeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den neunziger Jahren. Linz, Unveröffentlichtes Manuskript.

## Wirtschaftsförderung made in USA

# Ein Herz für Gründer

*Der Weg zum Startkapital führt dort über die Gruppe, bei uns zur Hausbank – Vernetzung und Beratung wichtig*

**Auf dem Weg in die Selbstständigkeit müssen bei uns viele ihre Hoffnungen schon beim Bittgang zu ihrer Hausbank begraben. Sie wollen wenig und bekommen gar nichts. Ihr Kapitalbedarf ist nämlich zu gering, als dass sich Kreditbearbeitung und Bonitätsprüfung lohnen würden, das Risiko aber oft zu hoch: Nur selten reichen die Sicherheiten, ist unternehmerische Kompetenz nachzuweisen. „Pech gehabt“ könnte man bemerken und zur Tagesordnung übergehen. Wenn nicht gerade von Existenzgründern entscheidende Impulse für Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu erwarten wären.**

Das Problem ist nicht typisch deutsch, sondern auch in anderen Ländern anzutreffen. Problemverschärfend wirken in Deutschland allerdings die strengen Auflagen des „Gesetzes über das Kreditwesen“ (KWG). Das KWG verhindert bislang alternative und kreative Lösungen.

### Der Blick über den Atlantik

Auf der Suche nach praktikablen Verfahren wird man in den USA fündig. Die Amerikaner haben einen Politikansatz entwickelt, der wesentliche Hemmnisse für „kleine“ Gründungen – auch aus der Arbeitslosigkeit – weitgehend marktkonform beseitigt.

Der Community Reinvestment Act (CRA), ein bereits unter Präsident Carter in den Siebziger Jahren verabschiedetes Gesetz, etablierte dort mit drei entscheidenden Vorgaben einen zweiten Kreditmarkt: Erstens müssen die Geschäftsbanken in den Kommunen, in denen sie niedergelassen sind, Investitionsmittel zur Verfügung stellen. Zweitens dürfen auch Nichtbanken Kleinkredite an Existenzgründer ausreichen, sofern diese gewissen Standards genügen. Und drittens sind die Geschäftsbanken zur Zusammenarbeit mit diesen kreditausreichenden Institutionen verpflichtet.

### Die Umsetzer

Umgesetzt werden diese Vorgaben gewöhnlich von Non-Profit-Unternehmen. Diese „Intermediäre“ übernehmen nicht nur stellvertretend für Geschäftsbanken die Finanzierung, sondern bieten meist darüber hinaus integrierte Qualifizierung, Beratung sowie begleitendes Coaching an.

In ihrer Professionalität bei der Kreditabwicklung sind die meisten amerikanischen Intermediäre den Banken durchaus ebenbürtig. Sie bedienen sich jedoch anderer Kreditvergabetechniken und legen dabei andere Bewertungsmaßstäbe an.

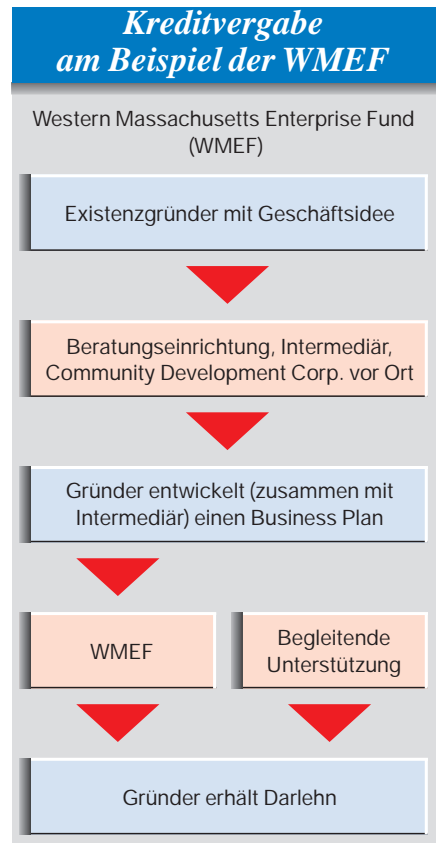
### Die Kreditvergabetechnik

Statt banküblicher Sicherheiten werden Geschäftsidee und Unternehmenskonzept taxiert. Dabei liegen die Stärken der Intermediäre in ihren Erfahrungen bei der Entwicklung und Evaluation solcher Businesspläne sowie im direkten Kontakt zum Kreditnehmer. Weil bei der Kreditvergabe auch die persönliche Einschätzung der Gründerperson zählt, wird oft auch von „character-based loans“ gesprochen.

Jeder Antragsteller muss sein Unternehmenskonzept persönlich dem Kreditausschuss („Loan board“) des Finanzierungsträgers präsentieren. Die Kreditverhandlung wird damit zur „Nagelprobe“ für Idee und Person und damit für die Erfolgsaussichten der Gründung.

### Der Sicherungsmechanismus

Eine neue Finanztechnik gestattet es, unter bestimmten Voraussetzungen auf dingliche Sicherheiten zu verzichten, indem andere Anreize zur Tilgung der Verbindlichkeiten geschaffen werden. Auf drei Dinge kommt es an: „Peer Groups“, „Loan Loss Reserve Funds“ und „Stepwise Lending“.



◆ „Peer Groups“ sind freiwillige Zusammenschlüsse von 5 bis 10 Gründungswilligen unter Moderation eines Intermediärs. Wichtigste Aufgabe der Gruppe ist es, die Business Pläne und Kreditanträge der Gruppenmitglieder zu diskutieren und zu bewerten. Nach positiver Prüfung durch das Kollektiv reicht der Finanzintermediär die Kredite aus. Mit der Einführung einer begrenzten Gruppenhaftung wird der Gruppe ein Anreiz zur gewissenhaften Prüfung der Kreditanträge und zur Rückzahlung der Kredite gegeben.

◆ Zur Deckung von Kreditausfallrisiken muss die Gruppe einen „Loan Loss Reserve Fund“ bilden, in den jedes Mitglied einen bestimmten Betrag einzahlt, so dass der Fonds 10 Prozent des Gesamtkreditvolumens der Gruppe abdeckt. Tilgungsausfälle werden aus dem Fonds gedeckt, bis dieser aufgezehrt ist. Weitere Kredite erhalten die Gruppenmitglieder erst nach Wiederauffüllung des Fonds. Die Gruppe haftet folglich bei Kreditausfällen begrenzt gesamtschuldnerisch.



◆ Die Effizienz dieses Verfahrens kann durch sog. „stepwise lending“ zusätzlich gesteigert werden, indem die Kreditvergabe über mehrere Runden bei gleichzeitig steigendem Kreditvolumen geht. Durch die Längerfristigkeit der Kreditbeziehung verstärkt sich der Ansporn, innerhalb der Gruppe Reputation als zuverlässiger Kreditnehmer zu erwerben.

**Marktkonform und wirksam**

Der amerikanische Mix von Ordnungs- und Prozesspolitik ermöglicht den Aufbau eines zweiten Kreditmarktes, der weitgehend marktwirtschaftlichen Grundsätzen folgt. Der ganzheitliche Ansatz gewährt den Gründern eine bedarfsorientierte Unterstützung:

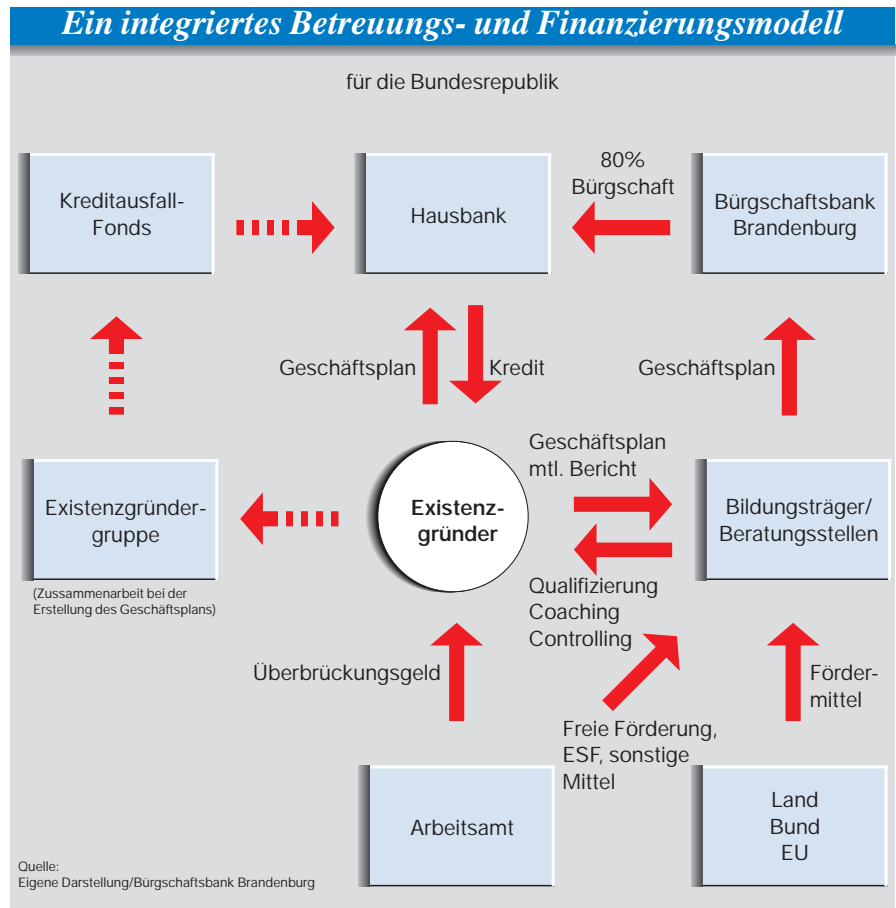
◆ Die Kosten der Kreditvergabe konnten durch moderate Steuerungsmaßnahmen zusätzlich gesenkt werden. Das „Low Documentation Program“ der Small Business Administration (SBA) reduziert die Kreditwürdigkeitsprüfung auf fünf wesentliche Punkte und legt gleichzeitig einen Standard fest.

◆ Intermediäre, die ihre Kleinkredite über die SBA refinanzieren, erhalten eine Zinsmarge von 8,5 Prozent. Bei privater Refinanzierung liegt die Marge häufig über 10 Prozent.

◆ Zudem hat das amerikanische Arbeitsministerium (US Department of Labor) ein „Self-employment Assistance Program“ aufgelegt, mit dessen Hilfe – ähnlich wie beim deutschen Überbrückungsgeld – die persönliche Existenzgrundlage der Gründer zu Beginn ihrer selbstständigen Tätigkeit gesichert werden kann.

**Förderlücke in Deutschland?**

Die Förderlandschaft für Existenzgründer in Deutschland ist weit und üppig. Mehr als 100 Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene sind bekannt. Das Überbrückungsgeld (§ 57 SGB III) gilt als bewährtes Instrument zur Sicherung des Lebensunterhaltes vormals arbeitsloser Gründer in der Anfangsphase ihrer beruflichen Selbstständigkeit. Daneben können Qualifizierung und begleitendes Coaching aus weiteren „Fördertöpfen“ wie dem Europäischen Sozialfond (ESF) und der Freien Förderung (§ 10 SGB III) des Arbeitsamtes finanziert werden. Die „Finanzierungslücke“ für Kleinkredite bis maximal 50.000 Euro soll das jüngst eingeführte Startgeld der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) schließen helfen.



Tatsächlich liegt das Problem weniger im Mangel an Subventionen, sondern in der bislang unzureichenden Vernetzung der Angebote: Einerseits können die Instrumente des Arbeitsamtes das Finanzierungsproblem nicht lösen, andererseits beschränkt sich die DtA ausschließlich auf die Finanzierung. Systematische Qualifizierung und begleitendes Coaching sind für den Gründungserfolg aber erheblich. Außerdem ist zu befürchten, dass trotz des Startgeldes das Kundensegment der Kleinunternehmer für die Banken weiterhin unattraktiv bleibt.

**Ein Vorschlag**

Eine Initiative zur baldigen Lockerung der Auflagen des Kreditwesengesetzes ist in Deutschland derzeit nicht zu erwarten. Damit scheidet eine unmittelbare Übertragung der amerikanischen Konzepte vorläufig aus. Als Alternative wird ein Netzwerk vorgeschlagen, das die Autoren zusammen mit der Bürgschaftsbank Brandenburg entworfen haben.

Die intensive Betreuung der Gründer durch einen Berater, der (noch) öffentlich finanziert wird, steht im Mittelpunkt. Anders als bei den bisherigen Programmen, die überwiegend aus einer Hand finanzieren, werden hier mehrere Fördertöpfe angezapft: Arbeitsamts-, Landes-, Bundes- und EÜ-Mittel sollen kombiniert werden. Der Business Plan wird in diesem Modell nicht nur der Hausbank vorgelegt, sondern gleichzeitig auch der Bürgschaftsbank. Werden deren Anforderungen an das Unternehmenskonzept, die Gründerperson und den Betreuer erfüllt, übernimmt diese eine 80%ige Ausfallbürgschaft, die den Zugang zu Bankdarlehen erleichtern dürfte.

Eine intensivere Zusammenarbeit gemeinnütziger Bildungsträger mit Bürgschaftsbanken und Geschäftsbanken könnte dem Gründungsgeschehen in Deutschland die dringend notwendigen Impulse geben. Denn die Existenzgründer von heute sind die Arbeitgeber von morgen.

*Alexander Kritikós (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder),  
Frank Wießner (IAB) / Redaktion*



**Ingenieurinnen und Ingenieure**

# Turbulenzen und Zyklen am Arbeitsmarkt

## Ein Überblick über Entwicklungen von Studium, Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit in den 90er Jahren – Vielfältige Fächerlandschaft mit unterschiedlichen Konjunkturen

Es ist noch gar nicht so lange her, da suchten frischgebackene Ingenieurinnen und Ingenieure händeringend nach einem Arbeitsplatz. Heute klagt die Wirtschaft über einen akuten Mangel an hochqualifizierten technischen Nachwuchskräften. „THINK ING.“ rühren nun die Verbände schon in den Schulen die Werbetrommel, weil die Hochschulen ein stark nachlassendes Interesse an ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen registrieren mussten.

Ein nüchterner Blick auf die Fakten zeigt zunächst: Ingenieure sind nicht gleich Ingenieure. Architektur, Maschinenbau und Elektrotechnik, Fertigungs-, Bau- und Wirtschaftsingenieurwesen – diese und noch mehr Fachrichtungen und Professionen verbergen sich hinter dem Sammelbegriff. Und für jede galten und gelten oft unterschiedliche Konjunkturen, andere Knappheitslagen. Den Arbeitsmarkt für Ingenieure – es gibt ihn nicht.

**Die erste Hälfte der 90er Jahre**

Beispielsweise konnten sich die Architektur und das Bauingenieurwesen in der ersten Hälfte der 90er Jahre – auch in den neuen Bundesländern – einer regen Nachfrage erfreuen. Die Arbeitslosenquoten waren noch 1995 mit zwei bis drei Prozent sehr niedrig.

Dagegen stieg gerade beim Maschinenbau und bei der Elektrotechnik die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum drastisch.

**Fächerkonjunkturen im Beispiel**

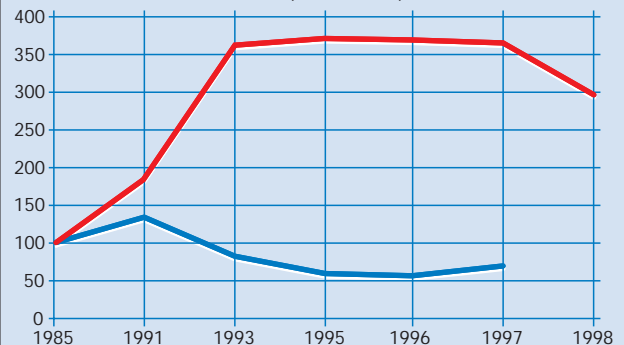
**Der „Schweinezyklus“ geht um**

Schlechte Nachrichten vom Arbeitsmarkt beeinflussen viele junge Leute bei ihrer Studienfachwahl, gute ebenso. Das war in den 90er Jahren besonders bei den Fächern Maschinenbau, Elektrotechnik und Bauingenieurwesen zu beobachten. Bei den ersten beiden Fächern war der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts von einer Halbierung der Studienanfängerzahlen begleitet. Erst in jüngerer Zeit wählten wieder etwas mehr Studienberechtigte diese Fächer. Angesichts eines angespannteren Arbeitsmarktes beim Bauingenieurwesen sanken nun in diesem Fach die Anfängerzahlen.

**Achtung!** Die Jahre auf der Zeitachse haben unterschiedliche Abstände, was aus gestalterischen Gründen jedoch nicht berücksichtigt wurde. Aus dem selben Grund wurde auch auf eine Normierung des Maßstabs auf der Y-Achse für die drei Abbildungen verzichtet.

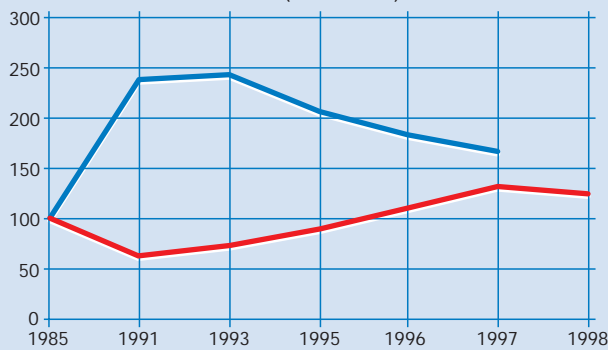
**Maschinenbau (Uni)**

Studienanfänger und Arbeitslose 1985 – 1997/98 – West  
Index (1985 = 100)



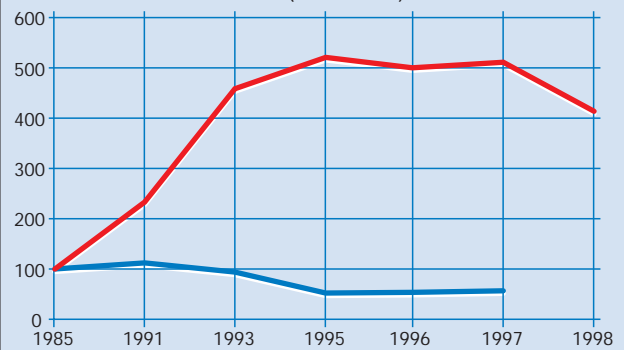
**Bauingenieurwesen (Uni)**

Studienanfänger und Arbeitslose 1985 – 1997/98 – West  
Index (1985 = 100)



**Elektrotechnik (Uni)**

Studienanfänger und Arbeitslose 1985 – 1997/98 – West  
Index (1985 = 100)



— Arbeitslose  
— Studienanfänger

Gemessen an der gesamten Akademikerarbeitslosigkeit waren hier die Arbeitslosenquoten mit fünf bis sechs Prozent überdurchschnittlich hoch. Zwar stieg selbst in dieser Zeit parallel dazu auch die Erwerbstätigkeit bei diesen Fächern. Absolventenstudien deuten aber auf verschlechterte Arbeitsbedingungen hin. Etliche Absolventen und Absolventinnen mussten sich z.B. mit befristeten Verträgen begnügen.

Die schwierige Situation bei den Fächern Maschinenbau und Elektrotechnik trug dazu bei, dass Mitte der 90er Jahre die Arbeitslosenquote bei den Ingenieurwissenschaften insgesamt kaum niedriger lag als bei den oft als „brotlos“ etikettierten Geisteswissenschaften (6,2% im Vergleich zu 6,5%; Uni). Dass die Krise auch diesen bislang als vergleichsweise privilegiert geltenden Teilarbeitsmarkt erfasste, hat manchen überrascht.

### Die Reaktion

Viele junge Menschen ließen sich bei ihrer Ausbildungsentscheidung von der damaligen Lage am Arbeitsmarkt beeinflussen. Zwar gingen in der ersten Hälfte der 90er Jahre die Studienanfängerzahlen insgesamt zurück. Beim Maschinenbau und bei der Elektrotechnik war dieser Rückgang aber massiv: Binnen weniger Jahre halbierten sich nahezu die Anfängerzahlen im Westen (vgl. Abb. auf S. 9). Wie eine Konstanzer Studie zeigt, blieben vor allem junge Männer aus eher bildungsfernen sozialen Schichten zu diesen Fächern auf Distanz.

Der Rückgang bei den Studienanfängern macht sich bereits in einer sinkenden Zahl von Absolventen bemerkbar. Für sie ist das günstig, können sie doch mit weniger Konkurrenz beim Berufseinstieg rechnen. Wirtschaft und Hochschulen aber klagen über Nachwuchsmangel und werben um mehr Interesse an diesen Studiengängen. Die jungen Leute ließen sich davon zunächst wenig beeindrucken. Erst seit geraumer Zeit steigen die Studienanfängerzahlen im Maschinenbau und in der Elektrotechnik an den Unis wieder leicht.

### Die Datenquelle – schon veröffentlicht

Viele dieser Informationen entstammen dem Heft „Ingenieurwissenschaften“ der Sonderreihe „Akademiker/innen – Studium und Arbeitsmarkt“. Diese wurde in der Reihe „Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ veröffentlicht (MatAB 1.0 – 1.7/1998).

In acht Heften werden die Teilarbeitsmärkte für die verschiedenen Studienfächer und Fächergruppen beschrieben. Die Serie enthält eine Vielzahl an Informationen zu Studium, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit sowie zu ausgewählter Literatur.

Sie steht im Volltext im Internet (<http://www.iab.de/matab1.htm>). Als Print können alle Hefte gegen eine Schutzgebühr von DM 40,- bezogen werden (Einzelheft DM 5,- plus Porto).

### Die Ingenieurinnen

Maschinenbau und Elektrotechnik sind Fächer, in denen Studentinnen – mittlerweile auch in den neuen Bundesländern – ausgesprochen selten sind: Nur drei bis sechs Prozent der FH- und Uni-Studierenden sind Frauen. Dies hat verschiedene Gründe: Diskutiert werden etwa Geschlechterstereotype, die Mädchen und Frauen Technikkompetenz absprechen, sowie Probleme im Studium, die sich aus ihrem Minderheitenstatus ergeben.

Die Distanz von Frauen zu diesen Fächern dürfte aber auch in den deutlich schlechteren Arbeitsmarktchancen begründet sein. Die Arbeitslosenquoten der Ingenieurinnen liegen zum Teil um ein Vielfaches über denen ihrer männlichen Ex-Kommilitonen. So betrug 1995 die Arbeitslosenquote bei den Elektroingenieurinnen 14,6 Prozent im Vergleich zu 5,7 Prozent bei den Elektroingenieuren (Uni). Beim Fertigungsingenieurwesen z.B. lag die Arbeitslosenquote der Frauen mit Uni-Abschluss bei 15,4 Prozent im Vergleich zu 6,5 Prozent bei den Männern.

Eine geschlechtsuntypische Studienfachwahl schützt Frauen bislang also keineswegs vor einem erhöhten Arbeitsloskeitsrisiko. Sollen mehr Frauen für diese Fächer gewonnen werden, sind positive Signale vom Arbeitsmarkt gerade für sie unerlässlich.

### Die zweite Hälfte der 90er Jahre

Nachdem die Arbeitslosigkeit beim Maschinenbau und bei der Elektrotechnik bis 1997 im Bundesgebiet insgesamt stieg, sank sie im vergangenen Jahr deutlich. Im September 1998 waren bundesweit aber immerhin noch rund 29.000 Arbeitslose mit Uni- oder FH-Abschlüssen in diesen Fächern registriert. Davon gehörten knapp 13.000 den jüngeren und mittleren Jahrgängen an. Betriebe könnten aber auch von den gesammelten Erfahrungen der über 50-Jährigen profitieren. Von einem „leergefegten“ Ingenieurarbeitsmarkt kann jedenfalls nicht die Rede sein.

In Bewegung war die Arbeitslosigkeit auch bei der Architektur und beim Bauingenieurwesen: Bis 1997 stieg sie, 1998 blieb sie im gesamten Bundesgebiet nahezu gleich hoch. Im September letzten Jahres waren mehr als 13.000 Arbeitslose mit Uni- oder FH-Abschlüssen in den Bau-fächern gemeldet. Architektur und Bauingenieurwesen sind von der schwierigen Baukonjunktur betroffen. Arbeitslos sind hier auffallend viele Junge: Jeder Vierte war jünger als 35 Jahre. Gerade beim Bauingenieurwesen drängen noch starke Absolventenjahrgänge auf den Arbeitsmarkt. Die Studienanfängerzahlen sanken in den letzten Jahren zwar, an den Abgangszahlen ist das aber noch kaum abzulesen.

Die Absolventen und Absolventinnen der Architektur und des Bauingenieurwesens haben die des Maschinenbaus und der Elektrotechnik als „Sorgenkinder“ des Ingenieurarbeitsmarktes abgelöst. Die Zyklen am Ingenieurarbeitsmarkt setzen sich also fort – wenn auch in anderer Besetzung.

**Klaus Parmentier,  
Hans-Joachim Schade,  
Franziska Schreyer / Redaktion**

**Einkommensforschung**

# Lohnsummenverluste im Westen – Angleichung im Osten

## *Gespaltene Entwicklung von Löhnen und Beschäftigung in Stadt- und Landkreisen zwischen 1992 und 1997 – Ergebnisse aus einem neuen IAB-Gutachten*

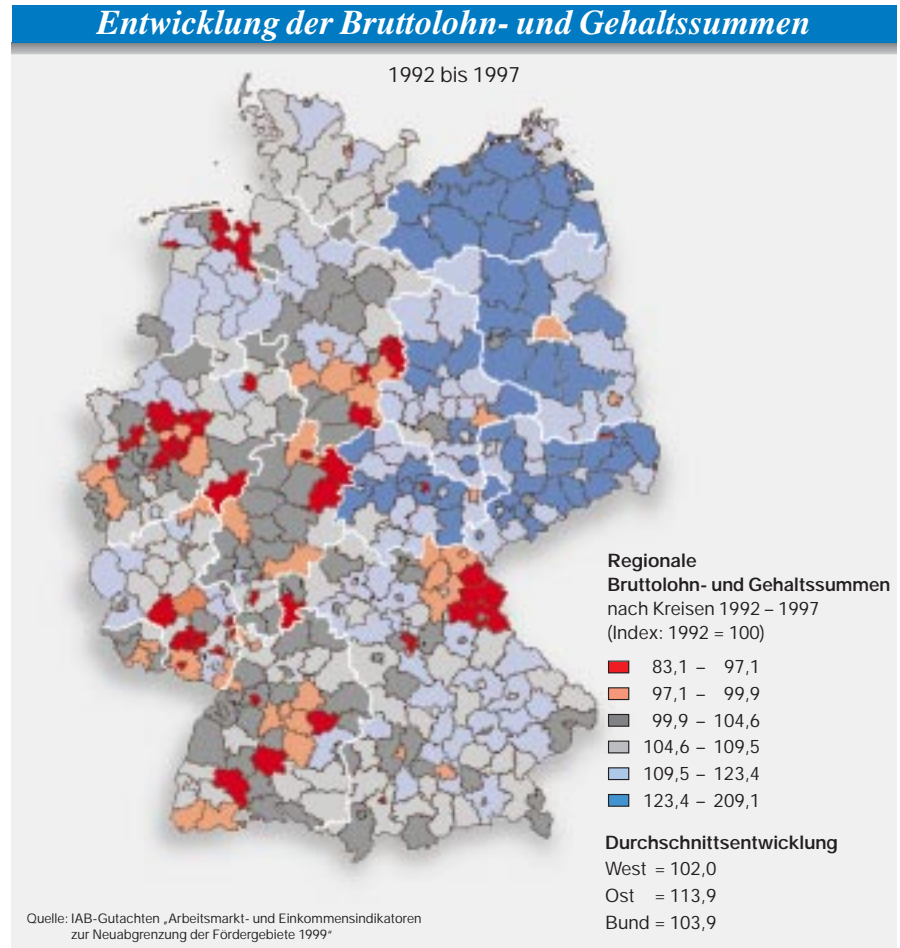
Das in einer Region erzielbare Einkommen ist eine der zentralen Diagnose- und Zielvariablen der regionalen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik. Die Einkommensindikatoren des IAB beschreiben die Summe aller Verdienstmöglichkeiten für Arbeitnehmer in den Regionen\*). Nahezu in jedem dritten Stadt- oder Landkreis Westdeutschlands ist heute die Lohnsumme geringer als zu Beginn der 90er Jahre.

Es liegt auf der Hand, dass die Bruttolohn- und Gehaltssumme nicht nur Ergebnis allgemeiner Tariflohnverhandlungen ist. Ebenso wichtig – und oft übersehen – sind die effektiven Veränderungen in der Struktur des Beschäftigungsvolumens und der tatsächlichen Verdienste.

**Einkommensdynamik gespalten**  
 Neue Ergebnisse aus dem IAB zeigen, welche überraschenden Muster der Strukturwandel in den deutschen Regionen seit längerem zeichnet. Wachstumsdifferenzen von mehr als hundert Prozent zwischen extremen Verlierern und Gewinnern sind keine Seltenheit – und das binnen weniger Jahre (1992 bis 1997): Die Spreizung der regionalen Entwicklungsindizes reicht bei der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 83 bis 209 (Index: 1992 = 100).

Ein kurzer Blick auf die Karte genügt (Abbildung 1), um festzustellen, dass sich seit 1992 die Arbeitnehmerverdienste vor allem im Osten Deutschlands besser entwickelt haben (blaue Farbtöne) als in den

Abb. 1



meisten Regionen des Westens. In Hoyerswerda, Bitterfeld und Gera mussten allerdings immer noch hohe Einkommensverluste hingenommen werden.

Dieser Aufholprozess wurde allerdings von einem generell sehr niedrigen Niveau aus gestartet und spiegelt insbesondere das politische Ziel einer raschen Angleichung der Lebensverhältnisse wider.

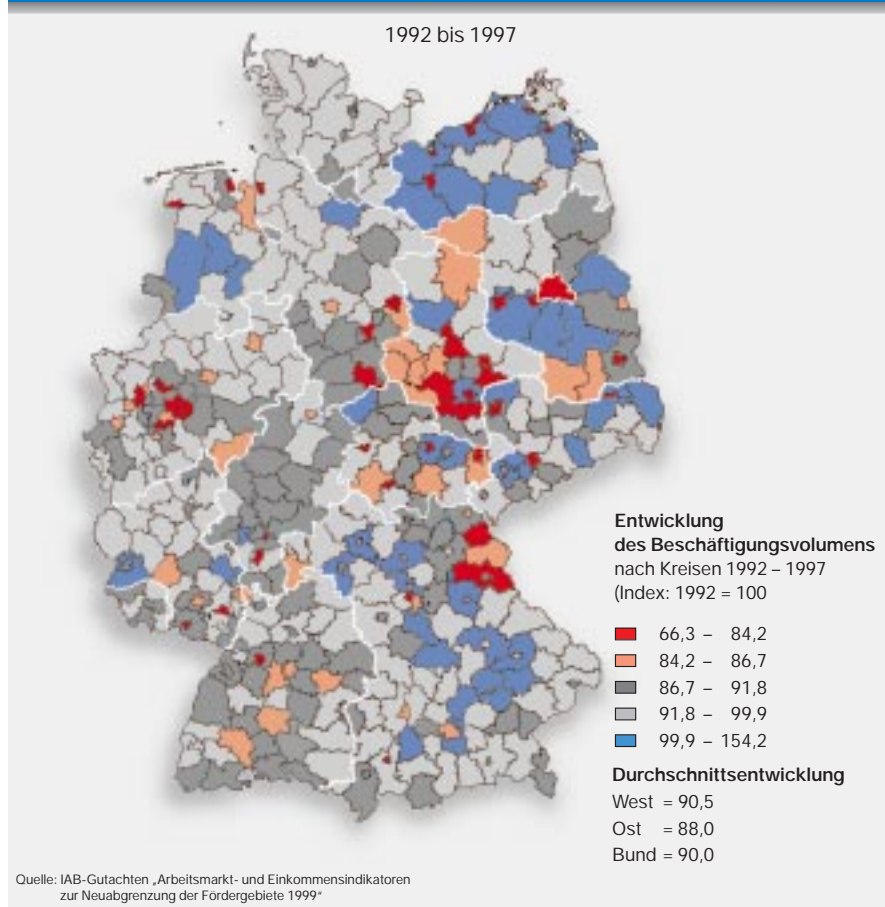
Nicht zu übersehen ist jedoch, dass gleichzeitig zahlreiche westdeutsche Regionen ins Hintertreffen gerieten. In 94 Städten und Landkreisen ging dort die Bruttolohn- und Gehaltssumme sogar zurück (rote Farbtöne). Besonders gravierend waren die Einbußen in Pirmasens, Wolfsburg und Bremerhaven. In Wolfsburg z.B. gingen in fünf Jahren mehr als 600 Mio DM verloren. Zu den Gewinnern im Westen mit über 20 Prozent Zuwachs gehören München (Land), Dingolfing und Freising.

\*) Basis der Messungen sind im wesentlichen die Jahresmeldungen der Betriebe für 30 Mio Arbeitnehmer in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Sie enthalten umfassende Angaben zur Zahl und Dauer der Beschäftigungsverhältnisse sowie zu den versicherungspflichtigen Entgelten (brutto, einschließlich Arbeitnehmeranteilen zur Sozialversicherung). Vgl. hierzu auch „IAB-Materialien“ Nr. 2/1999.



Abb. 2

## Entwicklung des Beschäftigungsvolumens in Tagen



### Beschäftigungsverluste überwiegen

Hauptursache für diese gegenläufige Entwicklung ist die unterschiedliche Wachstumsdynamik der regionalen Beschäftigung. Hier liegen die Extremwerte bei – 34 Prozent und + 54 Prozent. In den meisten Regionen überwiegen die Verluste an Beschäftigungsvolumen, das hier bestimmt wird durch Zahl und Dauer aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse pro Region und Jahr. Zu den Verlierern gehören fast ausnahmslos die altindustriellen und hochverdichteten Gebiete (vgl. rote Farbtöne in Abbildung 2). Dahinter stehen vor allem Arbeitsplatzverluste in der Industrie, nicht nur in großen Teilen Ostdeutschlands, sondern auch in ehemals dominierenden Branchen des Westens mit hohen Wertschöpfungsanteilen und relativ hohen Löhnen. Dies strahlt dann auch negativ auf die produktions- oder haushaltsorientierten Dienstleistungen aus.

In etwa vierzig Gebieten – oder in jedem zehnten Landkreis – sind in Gesamtdeutschland seit 1992 aber auch beachtliche Beschäftigungserfolge zu verbuchen: zumeist in ehemals ländlich geprägten Regionen Bayerns und Niedersachsens, erfreulicherweise aber auch in jedem dritten ostdeutschen Kreis (vgl. blaue Farbtöne in Abbildung 2).

### Fazit

Während in vielen Regionen des Westens der Verlust an Beschäftigungsvolumen nicht oder kaum durch Nominallohnzuwächse kompensiert wurde, ist es in großen Teilen Ostdeutschlands eher umgekehrt. Zumindest bis 1997 werden die – im europäischen Vergleich – erstaunlich hohen Wachstumsraten der Arbeitnehmer-einkommen kaum durch die Beschäftigungsentwicklung getragen.

Die Überwindung der deutschen Teilung und die Öffnung der Märkte führten in den letzten Jahren zu einer Beschleunigung des Strukturwandels und zu einer Umwertung der Standortfaktoren. Der wirtschafts- und regionalpolitische Hand-

lungsbedarf ist deshalb in Deutschland auf Dauer hoch, wobei die notwendige Unterstützung für den „Aufbau Ost“ nach wie vor einen erheblichen Zugriff auf ansonsten verfügbare Investitions- und Einkommenspotentiale darstellt.

Dies spüren nicht zuletzt auch westdeutsche Regionen, die in dreifacher Weise im Wettbewerb stehen:

- ◆ Zum einen wächst die Standortkonkurrenz um in- und ausländische Investoren.
- ◆ Zum anderen verschärft sich die internationale Niedriglohn-Konkurrenz.
- ◆ Und es wirkt die innerdeutsche Förderkonkurrenz zwischen strukturschwachen Regionen in Ost und West.

Die Beschäftigungseffekte aus dem transfergestützten „Einigungsboom“ waren 1993 bereits verpufft, der den notwendigen Strukturwandel zunächst hinausgezögert haben dürfte. Der danach besonders stark spürbare Verlust von Wettbewerbskompetenz in ehemals exportstarken Bereichen und der z.T. drastische Arbeitsplatzabbau in Hochlohnregionen hatten dann unerwartet hohe Einnahmenverluste und Ausgabenbelastungen in den Steuer- und Sozialversicherungssystemen zur Folge.

Über die Einkommen in einer Region und die intra-regionale Einkommensverteilung wird im wesentlichen auch deren regionale Kaufkraft bestimmt. Daran sind wiederum verstärkende Rückkopplungseffekte auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Staat geknüpft. Die manchmal unerwarteten Defizite und Konsolidierungsprobleme in allen öffentlichen Haushalten resultieren also nicht nur aus der Gesamtentwicklung von Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Sie haben ihre Ursache auch in der regionalen Dynamik der Lohnstrukturen, in der „Geographie“ von Beschäftigungschancen und Arbeitsmarktrisiken.

### Martin Koller, Barbara Schwengler / Redaktion

(aus IAB-Gutachten „Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren zur Neuabgrenzung der Fördergebiete 1999“)



**Produktivitätslücke**

# Die ostdeutschen Betriebe bleiben Sorgenkinder

*Aufholprozess gegenüber dem Westen ist ins Stocken geraten – Tarifpolitik zwischen gesellschaftspolitischen Zielen und ökonomischen Zwängen*

Die Arbeitsproduktivität gehört zu den Schlüsselgrößen für die betriebliche Leistungsfähigkeit und die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Nicht von ungefähr sind Höhe und Entwicklung dieser betriebswirtschaftlichen Kenngröße zentrale Faktoren in der lohnpolitischen Diskussion und in der Debatte um die Zukunft des Flächentarifvertragsystems.

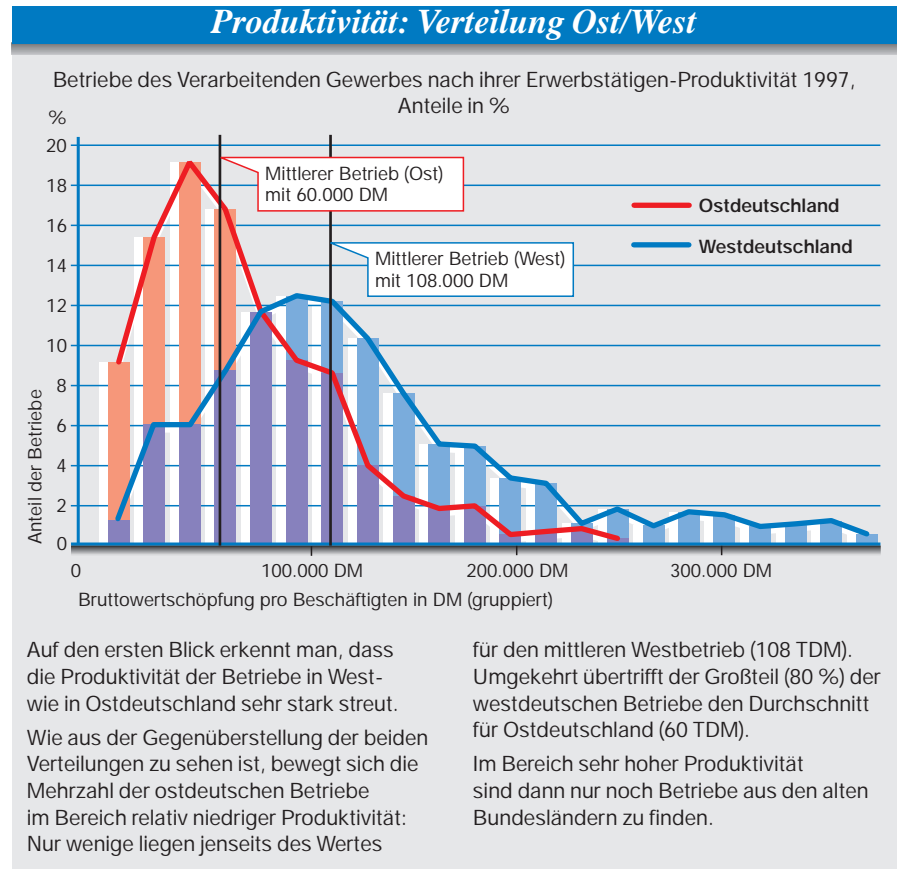
**Die Diskussion**

In der Argumentation um den Zusammenhang von betrieblicher Produktivität und Lohnfindung gilt eine einfache Logik: Je stärker sich die Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit unterscheiden, desto eher kollidieren zentral ausgehandelte Arbeitsbedingungen mit den jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten. Bekanntlich ist ja in Deutschland ein System von Flächentarifverträgen vorherrschend, das sich an Pilotabschlüssen orientiert und dadurch eine Tendenz zur Vereinheitlichung aufweist. Der in den letzten Jahren festzustellende Rückgang der Flächentarifbindung<sup>\*)</sup> und der deutlich geringere Deckungsgrad in den neuen Bundesländern werden vielfach als Ausdruck dafür gesehen, dass die Betriebe zunehmend versuchen, sich aus dem tarifvertraglichen Korsett durch Austritt oder Nicht-Eintritt zu befreien.

Für die neuen Bundesländer erhält diese Diskussion besondere Brisanz. Denn dort muss sich die Tarifpolitik zusätzlich im Dilemma zwischen gesellschaftlich gewünschter Angleichung der Lebensbedingungen und wirtschaftlicher Realität bewegen, die immer noch von einem deutlichen Produktivitätsrückstand gegenüber dem Westen geprägt wird. Zentrale Frage

<sup>\*)</sup> Vgl. auch „IAB-Materialien“ Nr. 1/1999

Abb. 1



ist, ob sich die Entwicklung der Lohnhöhe stärker am Produktivitätsfortschritt orientieren sollte und welche Folgen die schnellere Angleichung der Löhne für die Beschäftigungsentwicklung hatte und haben wird.

**Panelergebnisse**

Aktuelle Informationen zur Arbeitsproduktivität bzw. zu betrieblichen Produktivitätsunterschieden – gerade auch im Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern – liefert das IAB-Betriebspanel, eine repräsentative Arbeitgeberbefragung in 9.200 Betrieben West- und Ostdeutschlands. Die Daten beschränken sich auf das Verarbeitende Gewerbe. Dazu stehen aus

dieser Quelle Informationen von insgesamt fast 2300 ausgewählten Betrieben zur Verfügung. Ihre Aussagen können als repräsentativ für die Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe gelten.

Als übliches Maß für die betriebliche Produktivität wird die Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten herangezogen. In Abbildung 1 ist die Verteilung der Betriebe nach ihrer Produktivität für Ost- und Westdeutschland getrennt dargestellt.

### Große Heterogenität

Zunächst fällt die große Heterogenität der Betriebe sowohl in den neuen wie in den alten Bundesländern auf (vgl. Abb. 1 auf Seite 13). In beiden Gebieten ist eine sehr große Spannweite der erzielten Produktivitäten festzustellen. Dies widerspricht der verbreiteten Annahme einer besonders stark differenzierten Betriebslandschaft in den neuen Bundesländern und eher homogenen Verhältnissen in Westdeutschland auf hohem Niveau – zumindest mit Blick auf die Arbeitsproduktivität. Vielmehr gibt es hier wie dort – selbst innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes – zwischen den einzelnen Betrieben Produktivitätsunterschiede von mehreren hundert Prozent.

### Großer Produktivitätsrückstand

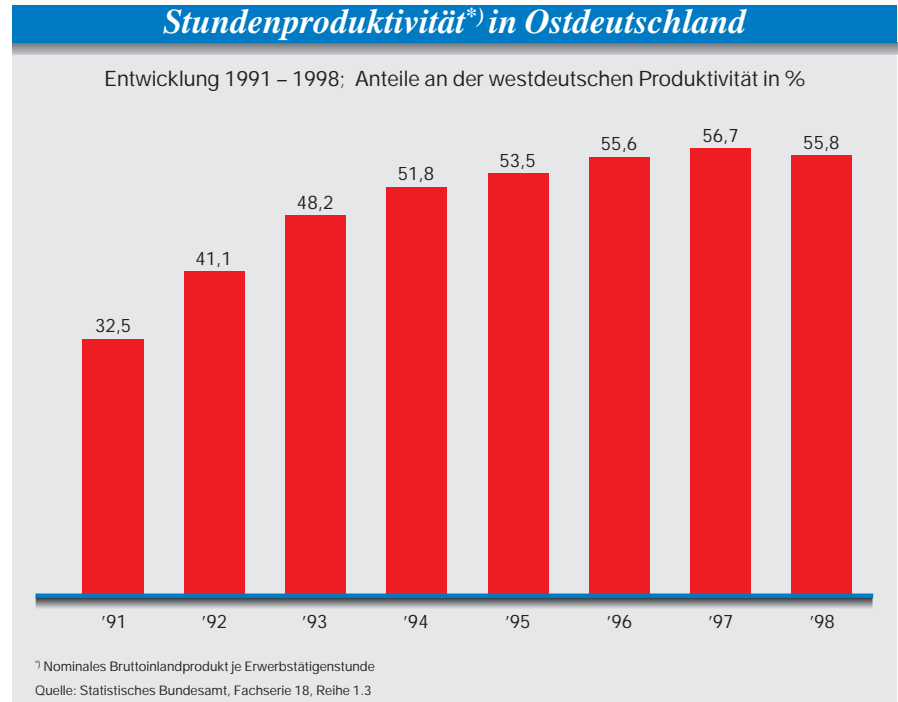
Zum zweiten überrascht der immer noch große Produktivitätsrückstand ostdeutscher Betriebe. Der durchschnittliche westdeutsche Betrieb im Verarbeitenden Gewerbe erreicht 1997 (dem Bezugsjahr für die 1998 durchgeführte Erhebung) eine Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten von knapp 108 TDM, der mittlere ostdeutsche Betrieb kommt auf ca. 60 TDM. Damit liegt die Produktivität der Betriebe in den neuen Bundesländern im Durchschnitt nur bei ca. 57 Prozent der westdeutschen Konkurrenz.

### Ursachen

Geht man den Ursachen dieses Produktivitätsrückstands nach, so stellt sich heraus, dass dafür weniger die Unterschiede im Stand der Technik oder in der Auslastung der Betriebe verantwortlich sind. Laut IAB-Betriebspanel beurteilen die Arbeitgeber ost- wie westdeutscher Betriebe – anders als zu Beginn der Wirtschaftstransformation – mittlerweile die Qualität ihrer technischen Anlagen sehr ähnlich. Ebenso können die nach wie vor etwas größeren Auslastungsprobleme der Betriebe in den neuen Bundesländern keinen wesentlichen Erklärungsbeitrag für die Produktivitätsdefizite leisten.

Es sind vielmehr die unzureichende Marktposition bzw. Exportschwäche und Probleme mit der betrieblichen Organisation sowie der Einbindung in das Gesamt-

Abb. 2



unternehmen, die auf die Produktivität in den Betrieben der neuen Bundesländer drücken. Daneben belasten aber auch strukturelle Handicaps das Gesamtergebnis: Der größere Anteil an weniger produktiven Klein- und Mittelbetrieben und ein ungünstigerer Branchenmix erweitern die Produktivitätslücke.

### Aufholprozess gestoppt?

Außerdem scheint der Aufholprozess ostdeutscher Betriebe, die in den Vorjahren mit beträchtlichen Produktivitätsgewinnen den Abstand zur westdeutschen Konkurrenz kontinuierlich verringern konnten, mittlerweile zum Stillstand gekommen zu sein. Neben den Daten des IAB-Betriebspanels legen auch die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes einen solchen Schluss nahe (vgl. Abb.2).

Dies wirft die Frage nach den Chancen zur Angleichung und dem erreichbaren Tempo dieses Prozesses auf. Ist die momentane Situation eine kurze Pause vor den nächsten Aufholschritten oder ihr vorläufiger Endpunkt? Je weiter die Restrukturierung der ostdeutschen Betriebe gediehen ist, desto schwieriger wird es natürlich, deutliche Produktivitätsgewinne zu erzielen. Zudem steigern auch die westdeutschen Betriebe laufend ihre Produktivität. Die Betriebe in den neuen Bundesländern müssen also diese Zuwachsraten übertreffen, um die bestehende Lücke zu schließen.

### Fazit

Sowohl die generell große brancheninterne Heterogenität als auch die immer noch beträchtliche Produktivitätslücke, die von den ostdeutschen Betrieben zuletzt nicht weiter geschlossen werden konnte, lassen die bisherige Praxis der Lohnfindung per Flächentarifvertrag problematisch erscheinen. Dies gilt besonders für die neuen Bundesländer unter der Prämisse einer möglichst schnellen weiteren Angleichung an westdeutsche Standards.

Beide Befunde legen es vielmehr nahe, die betrieblichen Spielräume zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen und zur Lohnfindung zu erhöhen. Mit dem Einbau von Öffnungsklauseln in Flächentarifverträge haben die Tarifparteien bereits begonnen, den Betrieben mehr Flexibilitäts- und Differenzierungsmöglichkeiten einzuräumen.

**Lutz Bellmann, Peter Ellguth**

## Internationaler OECD-Vergleich

# Arbeitsmarkt-Performanz und Regulierungsdichte

*Kein genereller Zusammenhang zwischen Schutzvorschriften und Arbeitslosenquote, aber Einfluss auf die Strukturen der Arbeitslosigkeit und die Erwerbsbeteiligung*

**Es wird immer wieder behauptet, dass Vorschriften und Schutzbestimmungen die Arbeitsmarktsituation negativ beeinflussen. In den neuesten „Beschäftigungsperspektiven“ (Employment Outlook) der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) findet sich ein interessantes Kapitel zum Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktregulierung und Arbeitsmarkterfolg.**

In einem internationalen Vergleich werden die Regulierungsdichte und ihr Einfluss auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit länderweise gegenübergestellt. Die Untersuchung gewinnt zusätzlich an Bedeutung, weil sie mit früheren OECD-Studien vergleichbar ist.

### Die Vorgehensweise

Drei Indikatoren zur Arbeitsmarktregulierung wurden ausgewählt und in Teilindikatoren zerlegt:

◆ Der Indikator **Kündigungsschutzbestimmungen** setzt sich – gewichtet – zusammen aus Verfahrensvorschriften bei Kündigung, Länge der Kündigungsfristen, Notwendigkeit und Höhe von Abfindungszahlungen und sonstigen Hürden für Entlassungen (wie Probezeit, Definition der ungerechtfertigten Entlassung).

◆ Der Indikator **befristete Beschäftigungsverhältnisse** umfasst einmal die gesetzlichen Möglichkeiten zum Abschluss eines befristeten Arbeitsvertrages und zum anderen den gesetzlichen Rahmen für die Tätigkeit von Zeitarbeitsfirmen.

◆ Der Indikator **gesetzliche Regulierung bei Entlassungen größeren Ausmaßes** wird gebildet aus dem Umfang von Abfindungszahlungen, der Einhaltung von Fristen und Verfahrensvorschriften und den sonstigen Kosten für Arbeitgeber bei Massenentlassungen.

Diese drei Hauptindikatoren werden zu einem Gesamtindikator der Regulierung verdichtet.

### Eine Rangliste

Die am wenigsten regulierten Länder sind nach dieser Klassifikation die USA, das Vereinigte Königreich, Neuseeland, Kanada und Irland. Am stärksten reguliert sind die Mittelmeerländer. Die nordischen Länder liegen im Mittelfeld, mit Ausnahme von Dänemark, das einen relativ wenig regulierten Arbeitsmarkt aufweist. Deutschland liegt an 20. Stelle von 26 Ländern und wird demnach als stark reguliertes Land eingestuft.

### Die Hauptergebnisse

Nach einer umfangreichen Analyse und Gegenüberstellung der Indikatoren mit der Arbeitsmarktsituation – vor allem dem Beschäftigungsniveau und der Arbeitslosigkeit – stellt die OECD fest:

◆ Generell lässt sich kein enger Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktregulierung und Höhe der Arbeitslosigkeit feststellen.

◆ Die Struktur der Arbeitslosigkeit kann aber dadurch beeinflusst werden: In Ländern mit strikten Vorschriften fällt die Arbeitslosigkeit für männliche Arbeitnehmer im besten Erwerbsalter (25 – 45 Jahre) deshalb i. d. R. niedriger aus. Dafür verzeichnen andere Personengruppen wie Jugendliche oder Ältere höhere Arbeitslosenquoten.

◆ Die Erwerbsbeteiligung liegt meist niedriger in Ländern mit strikter Regulierung. Dies gilt vor allem für die Erwerbsquoten von Frauen, Jugendlichen und älteren Arbeitnehmern. Für Männer im besten Erwerbsalter gilt eher der umgekehrte Zusammenhang.

◆ Je mehr Regulierung, desto höher ist häufig auch die Selbständigenquote.

◆ In einem stark regulierten Arbeitsmarkt sind die Bewegungen am Arbeitsmarkt geringer: Sowohl die Dauer der Beschäftigungsverhältnisse als auch der Perioden der Arbeitslosigkeit sind im Durchschnitt länger. Vergleichsweise weniger Arbeitskräfte sind während eines Jahres von Arbeitslosigkeit betroffen. Dafür ist die Wahrscheinlichkeit größer, länger als ein Jahr arbeitslos zu bleiben (Langzeitarbeitslosigkeit).

### Fazit

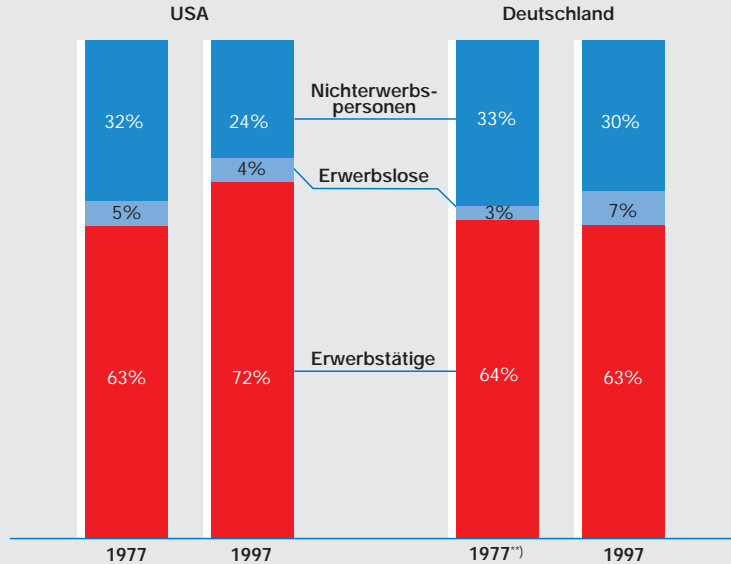
Die Ergebnisse decken sich weitgehend mit früheren Studien der OECD. Für einen beschäftigungspolitischen Erfolg genügt danach eine Deregulierung der gesetzlichen Beschäftigungsschutz-Vorschriften allein nicht. Deregulierung und Liberalisierung schaffen aber Voraussetzungen, die Effektivität anderer beschäftigungspolitischer Instrumente zu erhöhen. Wie internationale Vergleiche und Modellrechnungen des IAB<sup>\*)</sup> zeigen, ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen erforderlich, um Impulse für mehr Beschäftigung auszulösen und den Expansionspfad auch nachhaltig zu sichern.

*Heinz Werner/Redaktion*

<sup>\*)</sup> Vgl. u. a. IAB-Materialien 1/1999; „IAB-AGENDA '98“, IAB Werkstattbericht Nr. 19/1998 sowie „Wege zu mehr Beschäftigung“, IAB Werkstattbericht Nr. 5/1996.

## Beschäftigungsquoten\*) USA/Deutschland

In den Vereinigten Staaten arbeiten immer mehr Menschen, in Deutschland stagniert seit 20 Jahren der Erwerbstätigenanteil



\*\*) Westdeutschland

Quelle: OECD Labour Force Statistics, 1998; Current Population Survey; Mikrozensus

Während die Beschäftigungsquote<sup>\*)</sup> in den USA innerhalb von 20 Jahren um neun Prozentpunkte wuchs, ging sie in Deutschland sogar um einen Punkt zurück.

Vergleicht man die Erwerbstätigendichte nach Wirtschaftszweigen, wird rasch deutlich, daß die Beschäftigungslücke in Deutschland insbesondere auf brachliegende Potenziale im Dienstleistungsgewerbe zurückzuführen ist: Pro 1.000 Einwohner „dienen“ in den USA 359 Erwerbstätige, in Deutschland dagegen nur 274. So waren 1998 hierzulande nur 63 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor tätig gegenüber 74% in den USA.

\*) Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (von 15 bis 65 Jahren)

Bei einer (hypothetischen) Übertragung der amerikanischen Verhältnisse ergäbe sich für Deutschland im Dienstleistungsbereich ein Beschäftigungspotenzial von rund 7 Mio. Allerdings würden dann auch 2,6 Mio Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe wegfallen.

Nach den jüngsten Prognosen wird auch in Deutschland der Dienstleistungssektor boomten: IAB/Prognos schätzen den Erwerbstätigenanteil in diesem Sektor für das Jahr 2010 auf knapp 69% (vgl. auch den Artikel auf Seite 1 und 2 dieser Ausgabe).

Elfriede Sonntag

(aus IAB-Werkstattbericht Nr. 12/1999)

## Auswirkungen des 630 DM-Gesetzes – eine Schätzung

Seit 1. April 1999 ist das Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Kraft. Schon zuvor war eine heftige Diskussion darüber entbrannt, welche zusätzlichen Belastungen dadurch auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber zukommen würden.

Legt man die Situation von 1997 zugrunde, so ergibt sich folgendes Bild:

◆ Für ca. 45 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse hätte sich nach neuem Recht nichts geändert. Dies gilt für

- kurzfristig Beschäftigte;
- geringfügig Beschäftigte, die eine steuerliche Freistellung erhalten und bisher pauschal besteuert wurden sowie
- Beschäftigte mit mehreren Jobs, die zusammen über der 630-DM-Grenze liegen.

◆ Bei 22 Prozent in der Haupttätigkeit Versicherungspflichtigen hätten sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer zusätzlich Beiträge zahlen müssen.

◆ Bei 33 Prozent hätte – je nach steuerlicher Behandlung – eine Seite zusätzliche Abgaben zu entrichten.

Fundierte Aussagen zur Beschäftigungswirkung der Gesetzesänderung lassen sich derzeit noch nicht treffen.

(aus IAB-Kurzbericht Nr. 11/1999)

## Impressum

IAB Materialien Nr. 3/1999

**Redaktion:** Ulrich Möller • **Technische Herstellung:** FALK Werbeagentur GmbH, Nürnberg • **Rechte:** Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des IAB gestattet.

**Bezugsmöglichkeit:** Zentralamt der Bundesanstalt für Arbeit, Geschäftsstelle für Veröffentlichungen, Regensburger Straße 106, 90327 Nürnberg, Tel.: 0911/179-41 62, Fax: 0911/179-11 47; Schutzgebühr DM 5,- (Einzelheft, zzgl. Porto); Schutzgebühr DM 20,- (Jahresabonnement, inkl. Porto) • ISSN 0177-1426.

**Interne Rückfragen** bitte unter Tel.: 0911/179-3025 • **Verteiler für die BA:** 10, 11, 20, 21, 50, 54, 55, 65, S 1010.

**Das IAB im Internet:** www.iab.de

## CD-ROM proARBEIT aktualisiert

Die CD-ROM „proARBEIT“, Ausgabe 1.99, ist mit neuer Oberfläche und Recherche-Software für Windows erschienen. Damit lässt sich dieses Informationssystem nun noch besser handhaben, ist die Suche nach Veröffentlichungen und Projekten, nach Institutionen und Fakten weiter vereinfacht worden.

Die CD-ROM enthält wie bisher fünf Datenbanken: Literatur, Forschung, Institu-

tionen, Medien, Seminare. Über 180000 Nachweise geben Auskunft zu den Themenbereichen Arbeitsmarkt, Beruf, Berufsbildung und Arbeitswissenschaft.

Weitere Informationen finden Sie online im Internet unter [www.iab.de/dok13.htm](http://www.iab.de/dok13.htm). Dort können Sie die CD-ROM zum Preis von DM 200,- auch direkt bestellen, oder über unsere Geschäftsstelle für Veröffentlichungen (vgl. Impressum).